



EBERSBERGER DENKZETTEL

WWW.AFD-EBERSBERG.DE

Wer nicht
wählt, wählt
die Grünen
!!!

ZUM GELEIT:

Liebe Wähler im Landkreis Ebersberg,

am 8. Oktober 2023 finden die Wahlen zum bayerischen Landtag und dem oberbayerischen Bezirkstag statt.

Vielen von Ihnen werden nach den Entwicklungen der letzten Jahre darüber nachdenken, welcher Partei sie diesmal Ihre Stimmen geben. Um diesen Denkprozess zu unterstützen, haben wir diesen „Ebersberger Denkzettel“ für Sie verfasst. Hier stellen wir als AfD neben für den Landkreis und Bayern wichtigen Themen und unseren Argumenten auch unsere Kandidaten für Landtag und Bezirkstag vor.

Lassen Sie sich Zeit, denken Sie ruhig nach und wägen ab. Und vielleicht wird dann aus Ihrem Wahlzettel am 8. Oktober 2023 auch ein „Denkzettel“!

Ihre AfD im Landkreis Ebersberg



Wohnen muss bezahlbar bleiben

In Artikel 106 der Verfassung des Freistaats Bayern heißt es:

„Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.“

Jeder, der in den vergangenen Jahren und Monaten in Bayern nach einer Wohnung suchte oder gar bauen bzw. kaufen wollte, weiß, dass dieser Anspruch nur auf dem Papier besteht. Nicht zuletzt durch die Masseneinwanderung der letzten Jahre ist gerade im unteren Preissegment eine Konkurrenzsituation entstanden, bei der Einheimische regelmäßig unterliegen. Sei es, da bei Einwanderern, Flüchtlingen und Asylsuchenden die Mieten oftmals vom Staat übernommen werden und dabei teilweise Phantasiepreise gezahlt werden, bei Neubaumobilien Einheimische gar nicht oder im zu geringen Umfang berücksichtigt werden oder einfach das Einkommen oder das Ersparte nicht ausreicht.

Durch ständig steigende Zinsen, rasante Preissteigerungen und immer mehr teure Auflagen ist der

Wohnungsbau praktisch zum Erliegen gekommen. Der Staat hingegen profitiert durch die in den letzten Jahren stark gestiegenen Grundstückspreise über die Grunderwerbssteuer bzw. die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Folge: sozial schwache Bürger aber auch junge Familien finden im Landkreis Ebersberg keinen Wohnraum mehr, der Traum vom Eigenheim wird unerfüllbar.

Die AfD wird das Wohnen wieder günstig machen. Dazu müssen die Baukosten gesenkt, das bayerische Baurecht vereinfacht und z.B. die Gebäudeenergiegesetz-Vorgaben reduziert werden. Für selbst genutzte Immobilien muss die Grunderwerbssteuer entfallen und die Grundsteuer gehört abgeschafft. Die rechtlichen Vorgaben bei Neubauten, insbesondere zur Wärmedämmung und zur Nutzung sogenannter erneuerbarer Energien, sind auf ein sinnvolles Minimum zu reduzieren. Es darf keinen Zwang zu Dämmung und energetischer Sanierung geben. Gerade dieser Zwang würde zu weniger preisgünstigem Wohnraum und Verdrängung von alten Menschen aus ihren Wohnungen und Häusern führen.

Stattdessen muss der bürokratische Prozess vereinfacht werden.

Die von linken Parteien oft geforderten Mietendeckel und Mietpreisbremsen verhindern hingegen freien Wettbewerb am Wohnungsmarkt und den Neubau dringend erforderlicher Wohnungen. Stattdessen ist in Bayern und im Landkreis der genossenschaftliche Wohnungsbau stärker voranzutreiben und gemäß den Vorgaben der Verfassung des Freistaats Bayern der von Bundes- und Landesregierung seit langer Zeit vernachlässigte soziale Wohnungsbau wieder anzukurbeln. Es muss verstärkt Anreize für die Vermietung leerstehender Wohnimmobilien geben.

Die Wohnungsnot gefährdet den sozialen Frieden in ganz Bayern und auch in unserem Landkreis Ebersberg. Eine Umkehr in der Wohnungspolitik – weg von grüner und sozialistischer Ideologie hin zu gesundem Menschenverstand und Bürgerfreundlichkeit ist das Gebot der Stunde.

Gute Medizin für Ebersberg!



Der Erhalt und Ausbau einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung in Wohnortnähe ist für den Landkreis Ebersberg besonders wichtig.

Der Erhalt der Ebersberger Kreisklinik wird durch die geplante Krankenhausstrukturreform vor enorme Herausforderungen gestellt. Nach derzeitiger Planung wird es schwierig, das erforderliche Level II zu erreichen, um nicht auf die Basisversorgung auf Level I zurückgestuft zu werden, was die Existenz der Klinik gefährdet. Zusätzlich verschärft wird die Problematik durch die Konkurrenz mit dem Klinikum Erding, das vor der gleichen Herausforderung steht. Mit einer Herunterstufung verbunden wäre eine Abwanderung von qualifiziertem Personal, da junge Ärzte ihre weitere Ausbildung nicht komplett in Ebersberg absolvieren könnten. Gleiches gilt für das Pflegepersonal, das zusätzlich vor den Problemen bezahlbaren Wohnens und Mangel an Angeboten für die Kinderbetreuung steht.

Die AfD engagiert sich für den Erhalt der Kreisklinik und eine qualitativ hochwertige Medizin. Zusätzlich muss die ambulante Versorgungsstruktur gestärkt werden; besonders im kinderärztlichen und im hautärztlichen Bereich sowie bei Psychotherapeuten ist nur auf dem Papier eine

ausreichende Versorgung vorhanden.

Vor ähnlichen Problemen stehen die Apotheken im Landkreis: so ist z.B. seit Monaten keine Neubesetzung in Hohenlinden gelungen. Auch das führt zu einer Ausdünnung der medizinischen Versorgung.

Ein weiteres Ziel der AfD ist die Verbesserung der Pflege für Menschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben. Diese muss für die Angehörigen finanzierbar bleiben und es gilt, Angehörige zu entlasten, die ihre Familienmitglieder zu Hause versorgen. Jeder Mensch sollte solange es geht in seiner gewohnten Umgebung selbstständig und selbstbestimmt leben. Die AfD fordert, ähnlich dem Erziehungsurlaub, eine Angehörigenpflegezeit mit Berufsschutz und einem finanziellen Ausgleich, der sich der Bezahlung professionellen Pflegepersonals annähert. Dem Personalmangel in der Pflege ist durch Reformen zu begegnen und der Pflegeberuf muss attraktiver gemacht werden.

Es bedarf einer neuen Gesundheitspolitik, die eine gute und bezahlbare medizinische Versorgung in allen Bereichen mit möglichst kurzen Wegen auch außerhalb der Städte gewährleistet.

Einwanderung drosseln – Heimat erhalten!

Die Einwanderungswelle ist mit voller Wucht wieder da: Seit Jahresbeginn wurden bis August schon über 175 000 Asyl-Erstanträge gestellt - bei gleichbleibenden Zahlen werden es bis Ende des Jahres gut 300 000 sein. Zum Vergleich: der Landkreis Ebersberg hat rund 147 000 Einwohner.

Die millionenfache unkontrollierte Masseneinwanderung der letzten Jahre hat auch in Bayern zu Problemen geführt, die langfristig kaum beherrschbar sind. Konsequentes Handeln zum Schutz unserer sozialen Sicherheit und der Staatsfinanzen ist daher dringend erforderlich. Dabei sind Maßnahmen gegen illegale Einwanderung sowie der Schutz unserer Werteordnung sowie die Bewahrung unserer gewachsenen deutsch-bayerischen Kultur unerlässlich. Es muss klare Regeln für eine kontrollierte, zeitlich befristete und in jedem Fall zahlenmäßig strikt begrenzte Migration ausschließlich Hochqualifizierter in unseren Arbeitsmarkt geben.

Eine Vergabe der Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung muss wie in anderen Ländern vorrangig unseren eigenen Interessen dienen. Was passiert stattdessen? Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft wird durch die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien weiter erleichtert! Es ist somit in den nächsten Jahren von Millionen Einbürgerungen von Menschen aus fremden Kulturen zu rechnen, die zu einer weiteren völligen Umgestaltung Deutschlands und damit Bayerns führen wird. Um diesen demographischen Wandel zu verhindern, bei dem die einheimische Bevölkerung immer mehr in das Hintertreffen gerät, sollte daher wieder die Übernahme der Staatsbürger-

schaft von den Eltern die Regel sein. Zurück zum bewährten deutschen Staatsbürgerschaftsrecht, das bis 1999 gültig war!

Ein weiteres Problem: Bayern schiebt zu wenig ab! Die AfD macht sich dafür stark, jeden ausreisepflichtigen Ausländer innerhalb von spätestens sechs Monaten abzuschicken. Das Ziel muss eine bayerische Abschiebequote von 100% aller nicht aufenthaltsberechtigten Personen sein. Die Beziehungen Bayerns zu anderen Regionen und Ländern dieser Welt sollten dazu genutzt werden, Rückführungen in die entsprechenden Staaten zu erleichtern.

Grundsätzlich braucht es eine Reform des Asylrechts und der entsprechenden internationalen Verträge, um deutsche Interessen stärker zu berücksichtigen. Die Aufnahme von Kriegsflüchtlings aus Europa soll - wenn keine Versorgung in der Nähe der Konfliktregion möglich ist - nur aus aktuell umkämpften Gebieten und nur für die Dauer der Kampfhandlungen möglich sein. Sozialleistungen nach dem Aufenthaltsrecht sollen nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen bereitgestellt werden. Weiterhin sollen sich Geldleistungen am europäischen Durchschnitt orientieren.

Zeigen wir am 8. Oktober 2023 den herrschenden Parteien, dass wir den Missbrauch des Asylrechts zur Masseneinwanderung nicht mehr hinnehmen! Wir wollen nicht zur Minderheit im eigenen Land werden!



Illustration: Windkraftanlage in Bruck bei Grafing

Windige Geschäfte im Forst

Seit Jahren wird im Landkreis der Bau von Windkraftanlagen (WKA) diskutiert. Bisher steht nur eine Anlage in der Gemeinde Bruck, eine zweite ist im Wald bei Taglaching geplant. In weiteren Gemeinden sollen Anlagen errichtet werden. Wer treibt und finanziert die Projekte in unserer windschwachen Region?

Die Pleite mit der Windkraft im Ebersberger Forst

Der Plan, sechs Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 190 Metern, durch Green City Energy im windschwachen Ebersberger Forst zu errichten, wurde erstmals 2011 publik. Die Inbetriebnahme war für 2016 geplant.

Dies verzögerte sich durch die zwischenzeitlich in Kraft getretene 10H-Regelung und Einwände, da einige Anlagen im Wasserschutzgebiet geplant waren. Green City plante also, ohne auf das Landschafts- und Wasserschutzgebiet zu achten.

Im Zuge des Bürgerentscheids 2021, der von allen Parteien im Kreistag außer Bayernpartei und AfD unterstützt wurde, war nur noch von fünf Windrädern die Rede, dafür 240 Meter hoch. Im Januar 2022 meldete die Green City AG Insolvenz an, nachdem sie bei Investoren 250 Millionen Euro eingesammelt hatte. Das Projekt stockte und ein neuer Investor musste gesucht werden.

Das Ja des Bürgerentscheides war zwischenzeitlich

hinfällig geworden, da Wirtschaftsminister Robert Habeck und der Graichen-Clan Gesetzesänderungen durchsetzen, die sogar den Bau in Naturschutzgebieten erlauben.

Wer ist Green City?

Hervorgegangen ist die Green City AG aus dem 1990 gegründeten Verein Green City e.V., der bis zum Schluss die Hälfte der Anteile an der AG besaß. Der Verein ist vielen noch als ehemaliger Veranstalter der Münchner Blade Night bekannt.

Aus dem Verein entstand als ökokapitalistischer Zweig der Gutmenschen die GreenCity AG. Jens Mühlhaus, der 2002 zwei Monate für die Grünen im Stadtrat der Landeshauptstadt saß, war damals Vorstandssprecher der Green City AG. Unter ihm sind die am Ende 138 Tochtergesellschaften entstanden.

Seit September 2021 war Heike von der Heyden Finanzvorstand der Green City AG, also knapp vor der Insolvenz im Januar 2022. Wenige Monate später übernimmt die französische Qair die Green City AG mitsamt den Büros in der Zirkus-Krone-Straße in München. Heike von der Heyden gibt an, seit August 2022 CEO der Qair Deutschland GmbH zu sein, der Firma also, die durch Übernahme der Pleitefirma Green City AG einigen, bevorzugt institutionellen Gläubigern, ermöglichte 25% ihrer Investitionen zurück zu bekommen.

Die Green City AG mit ihren vielen Tochtergesellschaften hat es nie geschafft, Gewinne zu erzielen. Verantwortlich für das Firmengeflecht war Heike von der Heyden als Finanzvorstand der Green City AG und heutige Geschäftsführerin der Qair Deutschland GmbH und auch bei fast allen anderen Tochtergesellschaften von Qair in Deutschland.

Die Münchener Abendzeitung schreibt dazu:

Selbst hart gesottene Finanzprofis stehen etwas ratlos vor dem verworrenen Fall. ... Trotzdem ist vieles an Green City seltsam. Privatdarlehen seien ein sehr unübliches Finanzierungsinstrument für eine AG, das Unternehmen sei außerdem viel zu komplex für diese Firmengröße aufgebaut, erklärt Daniel Bauer von der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK), die viele Gläubiger im Prozess vertritt. „Innerhalb des Firmengeflechts ist Kapital hin- und hergeschoben oder einfach neu eingesammelt worden, um Finanzlöcher zu stopfen“, staunt Bauer. „Der Aufsichtsrat hat völlig versagt, das chaotische Geschäftsgebaren unter Kontrolle zu bekommen“, wirft er der Green City vor.

Das Finanzgebahren

Wieso sammelte Green City Geld bei privaten Anlegern? Die Abendzeitung erklärt es uns:

Das Geld der Anleger war die Grundlage für die Expansion der Gesellschaft. Es wurden knapp 250 Millionen Euro eingesammelt. Insgesamt wurden über 500 Millionen Euro investiert. Das Geld der Anleger dürfte in vielen Fällen die Kreditaufnahme bei Banken ermöglicht haben, denn die Finanzprodukte, die private Anleger erwerben konnten, waren oft mit einem sogenannten Nachrang versehen.

Das war schlecht für die privaten Anleger, da bei der Insolvenz zuerst die Banken bedient wurden. Darüber hinaus gab es, als der Untergang schon sehr nahe war, von der Green City AG ausgehend, noch Aktivitäten dahingehend, daß Anleger ihre Investition tauschten und der Green City AG dann ein „Privatdarlehen“ gaben; mit fatalem Ausgang – für die Anleger.

Laut Insolvenzverwalter Bierbach haben 24 Anleger durch das von Green City vorgeschlagene Tauschgeschäft vor der Pleite unfreiwillig ihre Investition verdoppelt. Zum Vergleich: Die Anleihen hatten rund 1200 Anleger gezeichnet.

Da stellt sich einem schon die Frage nach dem Ethos der Verantwortlichen bei der Green City AG, wenn sie im Untergang begriffen Investoren diese für sie nachteiligen Vorschläge unterbreiten.

Fragen an Josef Robin, unserem Kandidat für den Bezirkstag:

Warum möchtest Du wieder in den Bezirkstag?

Als konservativer Mensch, sehe ich mich verpflichtet, unsere bayrischen Werte und Traditionen zu verteidigen und zu bewahren. Politiker als Hauptberuf ist für mich derzeit keine Option, somit gibt es keinen besseren Ort, als den Bezirkstag die dritte und somit höchste kommunale Ebene in Bayern. Im oberbayrischen Bezirkstag, engagiere ich mich im Gremium für Gesundheits-, Sozial- und Versorgungsplanung (GSV) und im Arbeitskreis Erinnerungskultur. Zukünftig würde ich gerne noch im Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen mitwirken.



Worin liegen Deine Stärken? Hast Du Schwächen?

Stärke: Ehrgeiz und Offenheit für konstruktive Kritik

Ich bin immer offen für konstruktive Kritik. Haben andere einen besseren Vorschlag, nutze ich ihre Hilfe gern. Nach meiner Erfahrung führt das zu besseren Ergebnissen und stärkt außerdem den Zusammenhalt im Team.“

Schwäche: Meine Direktheit.

Ich bin manchmal zu direkt zu Kollegen und reagiere gereizt und verärgert, wenn ein Problem immer wieder auftaucht, aber eine Lösung von Seiten der Kollegen einfach nicht in Sicht ist.

Was sind Deine Hobbies?

- Theater spielen
- Stockschiessen
- Kochen
- Mit meiner Familie und Freunden etwas unternehmen

Was würdest Du als erstes anpacken bzw. fortführen, wenn Du in den Bezirkstag wieder eingezogen bist?

Ich würde so weiter machen wie bisher: direkt, ehrlich und bayrisch in allen Angelegenheiten für unser Oberbayern, für unsere Heimat.

Was sind die Hauptprobleme im Landkreis Ebersberg und in Oberbayern allgemein?

- der Mangel an Kinderbetreuungsmöglichkeiten und der Mangel an Wohnraum
- Fachkräftemangel in der Pflege und Gastronomie
- steigende Flüchtlingszahlen (Überlastung der Kommunen!)

Was sagt Deine Familie zu Deinem Engagement?

Sie ist genauso gespalten wie der Rest von Deutschland. Allerdings habe ich weder im Freundeskreis noch in der Familie Personen wegen meines Engagements „verloren“. Zu einer lebendigen Demokratie gehören sowohl im öffentlichen Leben wie auch in der Familie unterschiedliche Ansichten, die es zu respektieren gilt. Das finde ich auch gut so, denn in einer geschlossenen Blase zu kommunizieren bringt niemand weiter, sondern macht vorhandene Gräben noch tiefer!

Was wünschst Du Dir für unser Land?

1. Nie wieder Krieg in Deutschland!
2. Das unsere Kinder und Kindeskindern noch in einem Deutschland leben können wie es unsere Eltern und Großeltern erleben durften!
3. Das sich alle konservativen Kräfte endlich vereinen und GEMEINSAM für das Wohl unseres Landes einsetzen!

Fragen an Rainer Forster, unserem Kandidat für den Landtag:

Warum möchtest Du in den Landtag?

Viele meiner Freunde fühlen sich von der großen Politik nicht mehr repräsentiert. Mir geht es auch so. Ich will es besser machen. Die Ebersberger AfD unterstützt mich dabei zu 100 Prozent. Es ist mir also Ehre und Verpflichtung zugleich.



Was bedeuten Heimat und Freiheit für Dich?

Heimat ist für mich meine Familie, mein soziales Umfeld, der Umkreis, in dem ich mich überwiegend aufhalte. Freiheit bedeutet für mich, das zu tun, was mich glücklich macht. Das ich selbst die Verantwortung für mein Leben übernehme.

Worin liegen Deine Stärken? Hast Du Schwächen?

Ich würde mich als emphatisch und lösungsorientiert handelnd beschreiben. Wenn Menschen allerdings ungerecht behandelt werden, kann ich auch emotional werden.

Was sind Deine Hobbies?

Seit zwanzig Jahren arbeite ich am Ferienprogramm meiner Gemeinde mit. Ich engagiere mich als Erste-Hilfe Ausbilder, bin seit 2014 Kreisrat und war bis 2017 Schöffe am Arbeitsgericht. Und im Sommer findet man mich oft bei der Wasserrudergasse.

Was würdest Du als erstes anpacken, wenn Du im Landtag bist?

In meinem Büro ein Bild von meiner Familie aufhängen. Ernsthaft: Ich neige dazu, mich in die Arbeit zu stürzen. Meine Schwerpunkte sehe ich in den Bereichen Arbeit und Soziales, da ich hier meine berufliche Expertise gut einbringen kann. Großes persönliches Interesse bringe ich für Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit.

Was sind die Hauptprobleme im Landkreis Ebersberg und in Oberbayern allgemein?

Bezahlbarer Wohnraum, den Fachkräftemangel und teilweise eine katastrophale Haushaltslage der Kommunen, die sich immer neuen Vorgaben aus Brüssel und Berlin ausgesetzt sehen.

Was sagt Deine Familie zu Deinem Engagement?

Meine Frau hatte anfangs ein Problem mit der AfD. Inzwischen hat sie erkannt, dass der Kampf gegen die AfD von den anderen Parteien verbittert geführt wird. Und das aus einem einfachen Grund: Sie verlieren mit einer starken AfD an Macht und Einfluss. Inzwischen teilt sie fleißig die Reden von AfD-Abgeordneten. Es ist immer besser, sich selbst ein Bild zu machen, als die Meinungen anderer zu übernehmen. Meine Jungs, zwei dürfen schon wählen, sehen das genauso.

Was wünschst Du Dir für unser Land?

Ich bin schon ganz schön stolz auf uns. In keinem anderen Bundesland engagieren sich die Menschen ehrenamtlich so sehr in Vereinen, bei der Feuerwehr oder sozialen Hilfsorganisationen wie in Bayern. Ich würde mich freuen, wenn sich noch mehr für politische Themen interessieren. Und wir brauchen eine souveräne Regierung, die sich aktiv für Frieden und Zusammenarbeit einsetzt und sich nicht permanent der Lächerlichkeit preisgibt.

ViSdP: Dr. Christoph Birghan

p.Adr. AfD-BV Oberbayern, Kistlerhofstr. 170, 81379 München

www.afd-ebersberg.de - Mail: info@afd-ebersberg.de